



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Ende der Krisis? : Preußischer Brief.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das Ende der Krisis?

Preussischer Brief.

Durch eine Reihe „rettender Thaten“ hat das Novemberministerium den preussischen Staat vor seinen angeblichen innern Feinden behütet; in seiner neuesten rettenden That hat es die höchste Palme erreicht, es hat in edler Aufopferung sich selber bezwungen, es hat den preussischen Staat vor sich selber gerettet. Leider ist es auch darin nur halb gewesen; es hat nur seine bisherige Politik nebst dem Herrn v. Radowitz, der als Sündenbock dienen mußte, über Bord geworfen, sich selber nicht. Indessen ist auch das gut, eben um des Beispiels und der öffentlichen Moral willen ist es besser, wenn das von andern Händen geschieht.

Die neueste rettende That des Novemberministeriums ist auch seine letzte gewesen. Daran kann nur zweifeln, wer das preussische Volk nicht kennt, das Volk in den alten Provinzen, die Landwehr. Das Novemberministerium hat sich darum gehalten, weil es nichts war, als der Ausdruck von der nothwendigen und darum berechtigten Reaction dieses Volkes, einer Reaction, die um so stärker und anhaltender sein mußte, je schwerer der Rausch des Jahres 1848 gewesen war. Zwar hat das Ministerium durch einzelne widerwärtige Maßregeln Mißfallen erregt, aber theils dehnten sich diese nur auf einzelne Kreise aus, ohne den Stamm des Volkes zu berühren und sein tiefes Bedürfnis nach einer ruhigen Entwicklung aufzuheben, theils waren sie vorübergehender Natur, man konnte sie aufheben, wenn bessere Zeiten kamen. Ein schlechtes Preßgesetz z. B. ist unstrittig ein Uebel, aber es hat keine Folgen in der Zukunft; wenn man es abschafft, so ist Alles wieder in Ordnung. Zwar hat es durch wiederholte Zurücknahme seines Wortes das Rechtsgefühl schwer beleidigt, aber das Rechtsgefühl in politischen Dingen war nicht allein in dem Schwindel der Märztage, sondern seit einer ganzen Generation so systematisch untergraben, daß man darauf nichts mehr

bauen konnte; die Verhältnisse waren zuletzt von der Art, daß man in den einzelnen Fällen gar nicht mehr sagen konnte, das ist Recht und das ist Unrecht.

Aber die neueste rettende That gehört nicht zu denen, die wieder gut zu machen sind, sie verrückt die Fundamente des Staats. Und mehr noch, sie verletzt ein Gefühl, welches mit allen Institutionen des preussischen Staates, vorzüglich mit denen, die seinen eigentlichen Charakter ausmachen, so innig verwachsen ist, daß es nicht ganz ausgerottet werden konnte, das Gefühl seiner Ehre. Wilhelm Jordan behauptete einmal in der Paulskirche vom preussischen Volk, es sei deutsch gesinnt, es wisse es nur nicht; mit größerem Rechte kann man jetzt sagen: es hat Ehrgefühl, es weiß es nur nicht. Darin hat das Ministerium sich getäuscht. Wohl war der Krieg ein ungeheures Uebel für Preußen, und mit schwerem Herzen hätte der Kern der Bevölkerung sich dazu entschlossen; aber dieselben Männer, die jetzt im Stillen froh darüber sind, daß es so gekommen ist, daß es ohne ihre Betheiligung so gekommen ist, werden die Empfindung der Schmach so lange in sich herumtragen, bis sie mächtiger ist als sie, bis sie froh sind, die Urheber derselben zur Verantwortung zu ziehen. Von diesem Tage beginnt eine Reaction im entgegengesetzten Sinne als diejenige, welche zuerst durch die Frankfurter Mordthaten hervorgerufen wurde, eine Reaction, die mit dem Sturz des Ministeriums und mit der vollständigen Umwandlung des Systems schließen wird, denn die Einrichtungen unsers Staates, namentlich unserer Bureaucratie und unsers Heeres, sind von der Art, daß in den gewöhnlichen Fällen des Staatslebens das Volk zwar gar keinen Willen hat, daß, wenn es aber einmal dazu kommt, einen zu haben — das echte Volk, nicht die von den Demagogen gebildete Pöbelmasse — die ganze Heiligkeit und Majestät der Krone nicht im Stande ist, ihm Widerstand zu leisten.

Wir können dem Ministerium nachrühmen, daß es alle Kräfte aufbietet, die Schmach so eclatant, so auffallend, so unleugbar vor Aller Augen hinzustellen, daß auch das stumpfste Gefühl davon berührt werden muß. Denn nicht allein, daß es durch seine herausfordernde Impertinenz den Haß aller entgegenstehenden Regierungen, durch sein späteres Zurückweichen im Augenblick der Gefahr ihre Verachtung so auf sich geladen hat, daß die Organe des deutschen Particularismus (die Sachsenzeitung u. s. w.) so frech sein können, dem preussischen Staat, welchen sie im Sünderhemde, den Strick um den Hals und mit gefalteten Händen vor sich auf den Knien zu erblicken meinen, großmüthigst zu verzeihen. — Die Sachsenzeitung dem preussischen Staat!! — nicht allein, daß seine Unterwerfung so vollständig, so demüthig ist, daß es ihr gar keine Grenze setzen, gar nicht den Punkt mehr finden kann, wo seine Demüthigung aufhört, nein, es läßt seine anerkannten Organe eine Sprache führen, die so feig ist, die nicht zu leugnende Schande durch die kläglichste Prahlerei noch schärfer hervorzuheben. In dem Augenblick, wo alle Gegner Preußens mit gezücktem Schwert ihm gegenüber stehen,

wo sie mit einer unerhörten Verachtung aller Formen, die sonst unter civilisirten Völkern üblich sind, von dem barbarischen Slavenstamm der Preußen sprechen, den man züchtigen, von dem intriganten Haus der Hohenzollern, das man demüthigen müsse, bricht die deutsche Reform in ein pietistisches Gewinsel aus, und versichert mit der unerhörtesten Naivität: alle Welt liebt und ehrt uns, alle Welt ist mit uns in Frieden, wir würden sie nur reizen, wenn wir uns wehren wollten; in dem Augenblick, wo die österreichische Partei Preußen willenlos zu den Füßen seiner Gegner wirft, radotirt das Organ derselben von dem Schwert Friedrichs, von den Rheinbundskönigen, und erklärt, jetzt solle der Widerstand erst losgehen: wir wollen Alles thun, was ihr wollt, Alles! Aber wenn ihr uns dann noch schlägt, dann stehen wir für nichts!

Der Ekel, den ein solches Treiben in einem noch nicht ganz verwahrlosten Gemüth erregen muß, ist zu groß, als daß die vorherrschend conservative Gesinnung des preußischen Volks ihm irgend ein Gegengewicht halten könnte. Und als der alleinige Gegenstand dieser Empfindung, auf den sie sich ganz und ungetheilt concentriren kann, bietet sich das Ministerium.

Denn es kann in dem vorliegenden Fall sich nicht damit entschuldigen — was es in der dänischen Frage allenfalls behaupten könnte, daß es in eine fertige Situation getreten sei, aus der auf eine andere Weise gar nicht herauszukommen war. Es hat vielmehr in der Hauptsache, auf die es hier ankommt, in der deutschen Angelegenheit, seine Lage ganz und gar sich selbst bereitet, ohne irgend eine äußere Nothigung, ohne ein zwingendes Verhältniß, ohne eine anerkannte Verpflichtung gegen irgend Wen.

Die Krisis, welche jetzt zum Ausbruch gekommen ist, hat ihren ersten Ursprung in der Note vom 23. Januar 1849, alle folgenden Schritte haben sich mit innerer Nothwendigkeit daraus entwickelt. Wenn das Ministerium nicht aus Kindern bestand, so mußte es die Hindernisse seiner Pläne gerade so kommen sehen, wie sie gekommen sind, und wenn es den Willen hatte, was es wollte, männlich durchzuführen, so mußte es sich rüsten, diese Hindernisse mit Gewalt zu beseitigen.

Das erste selbstständige Auftreten Preußens in der deutschen Sache, die Note vom 23. Januar — an der wenigstens Herr v. Madowitz unschuldig ist, dem man so gern die spätern Schritte imputiren möchte, als ob ein unverantwortlicher Rathgeber der Krone die verantwortlichen Vertreter derselben decken könnte — war ebensowohl gegen Oestreich und die Particularisten, als gegen Frankfurt gerichtet. Doch stand sie den Ansichten der constitutionellen Partei in Frankfurt näher, und man konnte eine Verständigung hoffen. Daß diese nicht eintrat, daß man in April mit den Constitutionellen ebenso brach, als mit den Demokraten, das will ich heute dem Novemberministerium nicht zur Last legen. Es blieb sich darin wenigstens consequent, der Verfassungsentwurf vom 26. Mai, der von dem

siegreichen, freien, in keiner Weise gebundenen Preußen der deutschen Nation angeboten wurde, war im Wesentlichen die Erfüllung des Programms vom 23. Januar, und mit einem Recht, das wir jetzt ihm gegenüber anwenden können, hat das Ministerium uns fortdauernd daran erinnert, daß, was es wolle, etwas Anderes sei, als was wir wollten.

Konnte Preußen damals hoffen, daß Oestreich freiwillig seinen Einfluß in Deutschland aufgeben, daß die kleinen Königreiche sich freiwillig der preußischen Hegemonie unterordnen würden? — Es gab sich den Anschein, und auch wir wurden zum Theil getäuscht. Denn Sachsen und Hannover hatten zu unserm größten Erstaunen den Vertrag unterzeichnet, Baden war ganz in Preußens Händen, der Zutritt der kleinen Staaten — Württemberg, das damals noch ganz in den Händen des Liberalismus war, mit eingeschlossen — schien unvermeidlich, und Oestreich war auf eine Weise in einen innern Bürgerkrieg verwickelt, daß man an ein unmittelbares Einschreiten seinerseits nicht denken durfte.

Freilich kam es schon nach einigen Tagen heraus, daß der Beitritt Sachsens und Hannovers an Bedingungen geknüpft war, die den ganzen Vertrag illusorisch machten. Das Novemberministerium hatte mit seiner gewöhnlichen, kleinlichen Pffigkeit diese Bedingungen verschwiegen. Aber es erklärte dann, und zwar auf nicht unhaltbare Rechtsdeductionen gestützt, diesen Vorbehalt für ungiltig. Die liberale Partei trat zu dem neuen Bündniß über, und so hatte das Novemberministerium, so lange die Krisis in Ungarn dauerte, volle Gewalt in Händen, den provisorischen oder vielmehr projectirten Rechtszustand in einen definitiven zu verwandeln.

Es hat es nicht gethan. Jetzt freilich brüstet es sich mit der preußischen Ehrlichkeit, welche die bedrängte Lage eines alten Bundesgenossen nicht zur Erreichung eigennütziger Zwecke habe mißbrauchen wollen. Aber ein Ministerium, welches für Preußen erst eine Verfassung octroyirt, dann, nachdem sie von den Kammern anerkannt ist, aus eigener Machtvollkommenheit das Wahlgesetz ändert, dann, nachdem die Verfassung von den neuen, nur aus conservativen Elementen zusammengesetzten Kammern in conservativem oder vielmehr reactionärem Sinn revidirt ist, erklärt, sie werde dennoch nicht beschworen werden, wenn man nicht noch diese und jene neuen Bestimmungen hineinrevidire; ein Ministerium, welches am 26. Mai für Deutschland eine Verfassung verkündet, welche die Regierung binden soll, vorausgesetzt, daß sie vom Parlament angenommen wird, und die dem Parlament, als es sie annehmen will, erklärt, in diesem Fall fände es sich nicht daran gebunden — ein Ministerium, welches sich dieser und ähnlicher rettenden Thaten rühmen kann, möge anderwärts hingehen, von seiner Ehrlichkeit zu erzählen.

Der eigentliche Grund, warum es nichts that, war ein doppelter. Es hat ebensowohl eingesehen, als wir es einsahen, daß auf die Dauer seine Entwürfe nur durch eine rückhaltlose Hingabe an das constitutionelle Princip durchgeführt

werden konnten. Das wollte es nicht, und doch wollte es von seinen Entwürfen nicht lassen, und doch konnte es sich der Ueberzeugung, daß Beides unzertrennlich sei, nicht verschließen. Daher dies Hin- und Hertaumeln aus einer Richtung in die andere, dies Intriguiren gegen die eigenen Zwecke — ein Schauspiel, wie es die Welt in der Art noch nicht erlebt hat, diese Rathlosigkeit und zugleich dieser Hochmuth, der das Volk ebenso empörte, als zum Lachen brachte.

Ferner hatte es jene Furcht, die Keiner vermeiden kann, der nicht einig ist in seinem Willen, in dem entgegengesetzte Wünsche sich bekämpfen. Es hoffte, immer ganz unbestimmt, es werde noch eine günstigere Lage kommen. Es übersah dabei, daß der Haß, den die in ihren dynastischen Ansichten durch seine Entwürfe gekränkten Fürsten gegen dasselbe hegen mußten, und der weit stärker war, als der gegen die Revolution, weil er sich an bestimmte, in ihrer Erscheinung sehr verletzende Persönlichkeiten heften konnte, darum nicht verkleinert wurde, wenn diese Fürsten lernten, was sie haßten, zugleich gering zu schätzen; daß die Gefahr mit jedem Augenblicke wachsen, daß die Krisis doch endlich eintreten müsse, wenn man nicht auch das aufgeben wolle, was man schon vor Anfang der Bewegung gehabt. Die Furcht ist die gefährlichste Rathgeberin in bedenklichen Zeiten.

So ist denn dieses unmotivirte Ueberspringen aus einem Extrem in das andere zu erklären. Zuerst gibt man sich den Anschein, als sei Alles in der besten Ordnung. Da bekommt Oestreich Lust, und sogleich fallen Sachsen und Hannover ab. Man läßt den „Verwaltungsrath“ Schritte thun, den Weg Rechtens zu verfolgen. Dann läßt man diesen Weg Rechtens einschlafen. Ueberall befördert man den Sturz der kleindeutschen Märzministerien, denen nothwendig ein particularistisches folgen muß, und dann zuckt man die Achseln wie verkannte Unschuld. Die „bundesgetreuen“ Regierungen, deren Haß gegen Preußen und deren Muth immer mehr anschwillt, remonstriren gegen die parlamentarische Constitution Kleindeutschlands. Man erwiedert mit ungemessenem Hochmuth und beruft das Parlament. Da droht Jemand an der Rewa, und sogleich läßt man seinen kleinlichen Groll an dem Parlament aus. Dieses Parlament ist von einer Fügsamkeit, wie die Geschichte kein zweites Beispiel kennt, aber auch das ist nicht recht, es soll nicht fügsam sein; was sollen wir denn? fragt es. Darauf erhält es keine Antwort, man entläßt es ohne Resultat. — Ich bemerke beiläufig, daß sich zu dieser Posse, welche selbst den geraden Sinn eines vormärzlichen Ministers empörte, unter andern auch Herr v. Radowiz hergegeben hat, dem gegenüber Herr v. Manteuffel, der auch gern eine populäre Figur sein möchte, damals den Liberalen spielte. — Der Fürstencongreß wird zusammenberufen, und ihm zum allmeinen Erstaunen die Frage vorgelegt: wollen wir überhaupt noch bei der Union halten? Wir wollen, sagen einige, andere nicht, man geht auseinander, mittlerweile reconstituirt sich der alte Bundestag.

Aber freilich, man hatte ja noch andere Mittelschen in Händen! Man hatte

die Militärconventionen, man tauschte mit Baden die Truppen aus. Oestreich droht, Hannover verweigert den Durchzug. Erst wird, wie billig, mit dem Degen geklappert, dann aber schmuggelt man die Truppen bei Nacht und Nebel über die Berge, und brutalisirt, um sich doch einigermaßen zu entschädigen, das getreue Baden.

Da nun der Haß und die Nichtachtung gegen Preußen den höchsten Grad erreicht hatten, mußte sich das Unwetter wohl entladen. Die gerechte Nemesis führte es auf einem Punkte herbei, wo Preußen in der allerjchlechtesten Lage war, — in Kurhessen. Der Bundestag beschließt auf Anforderung des Kurfürsten Intervention. Preußen protestirt. „Mit Erstaunen“, erwidert Oestreich ganz mit Recht, „sehen wir den neuen Standpunkt Preußens. Bisher hat es das Recht der freien Vereinigung der einzelnen Staaten behauptet, jetzt will es uns dasselbe bestreiten, was es in Baden ausgeübt hat?“ Was kann es darauf erwidern! Will es im Namen der Union einschreiten? Die Rechtsansprüche der Union hat es ja aufgegeben! Für die verletzten Freiheiten des Volks gegen die willkürliche Regierung? Um Gottes willen nicht! ruft Radowiz, wir schreiten ein — nur für das monarchische Princip!!

Und so hat es denn das Novemberministerium, trotz seines im Grunde festen Willens, nicht zu schlagen, zugelassen, daß eine solche Pulvermasse an einem Ort zusammenkam, daß nur eine Art Wunder die Explosion verhüten konnte.

Und nachdem es ein volles Jahr hindurch die Wetterwolken sich hat zusammenziehen sehen, die sich endlich entladen mußten, hat es in dem Augenblick des Ausbruchs, wie eine Schaar unschuldiger Kindlein, einen Rath gehalten, und hat gefunden, daß unter diesen unerwarteten Umständen man doch seinen Plan lieber aufgeben solle. Es hat die günstigste Stunde gewählt, sich vor aller Welt Augen in dem Lichte zu zeigen, das es auf ewig kenntlich machen muß.

Wir wollen die Vergangenheit lassen und die gegenwärtige Situation ernsthaft in Betracht ziehen. Wir haben, offen gesagt, nie an den Krieg geglaubt, wir haben nicht geglaubt, daß ein Ministerium, welches die Freiheit haßt und verfolgt, welches nie fähig ist, einen ganzen und vollen Entschluß zu fassen, sondern überall durch die Umstände sich treiben läßt, sich in ein Spiel einlassen würde, welches nur dann gewonnen werden konnte, wenn man die Freiheit zum Triumph machte, wenn man alle Bedenklichkeiten, alle Rücksichten auf Umstände und Verhältnisse von sich warf, und den Blick fest nach Vorwärts richtete. Mit Erstaunen und einem gewissen Grauen sahen wir den Bewegungen der letzten Monate zu, denn keinen Augenblick haben wir mit den Demokraten geglaubt, Preußen und Oestreich trieben die Sache zum Spaß, sie schlugen sich ins Gesicht und würfen sich Schimpfworte zu, nur um das Volk zu täuschen. Wir fühlten voraus, daß das Ministerium einlenken, daß es nicht mit Ehren einlenken würde, aber wir haben es uns allerdings so nicht ausgemalt, daß es unter allen mög-

lichen Augenblicken denjenigen wählen würde, in dem der Rückzug mit der größten Schande verknüpft sein, unter allen möglichen Formen des Rückzugs diejenige, die es dem Hohne und dem Gelächter auch der schlechtesten seiner Feinde Preis geben mußte.

Darüber würden sich nun freilich diese Männer hinwegsetzen, aber es ist damit nicht abgethan. Es kommt den verbündeten Mächten nicht blos darauf an, daß Preußen sich ihren Plänen fügt und die seinigen aufgibt, sondern daß es auf eine Weise in der öffentlichen Meinung herabgesetzt wird, daß es nie wieder daran denken kann, eine Rolle zu spielen, wie die, welche eine vorschnelle Hoffnung ihm im Jahre 1848 übertrug. Aeußerliche aufgezwungene Demüthigungen, auch der schwersten Art, sind nicht hinreichend, es muß sich selbst mit dem Schein der Freiheit öffentlich herabsetzen. Die Maßregeln der Verbündeten sind genau auf den Charakter unserer Novemberräuber berechnet. Man wird sich hüten, ihnen auf einmal alles das, was man von ihnen will, vorzuzählen, so wenig es die Römer vor dem dritten römischen Krieg gethan. Man tritt, halb drohend, halb verheißend, mit einer Forderung nach der andern hervor, läßt sich jede nach einigem Sträuben und einigen eiteln Renommistereien bewilligen, und schließt endlich mit einer, die nicht bewilligt werden kann. Dann im letzten Augenblicke, wenn es zu spät ist, soll Preußen zu den Waffen greifen, und von den vereinten Kräften seiner Feinde erdrückt werden, der Erbe Friedrich des Großen, dem man seine That vom 22. März 1848 nie vergessen und nie verzeihen wird, soll sich dann wieder in die bescheidene Rolle eines Erzkanzlers, eines Marquis von Brandebourg finden.

Die Reihenfolge der Forderungen ist leicht zu bestimmen: Rückzug aus Hessen; Rückzug aus Baden; definitive Aufhebung der Union; Anerkennung des Bundestages mit österreichischem Präsidium; Intervention in Holstein; ist auch das noch nicht genug: Anerkennung des Londoner Protocolls und der Integrität der dänischen Monarchie; Aufhebung der preussischen Verfassung, die mit dem Bunde unverträglich ist; endlich und zuletzt: Kreistheilung Deutschlands nach der im Januar 1849 von Oestreich projectirten Umlage: die anhaltinischen, thüringischen Herzogthümer an Sachsen, Braunschweig an Hannover u. s. w., kurz, Herabdrückung Preußens in die Reihe der deutschen Kleinstaaten.

Durch sein gegenwärtiges Nachgeben hat also das preussische Ministerium den Krieg keineswegs vermieden; es hat ihn nur hinausgeschoben. Ihn in diesem Augenblick aufzunehmen, wo alle Feinde Preußens völlig gerüstet an seinen Grenzen stehen, während Preußen ohne Waffen und ohne Verbündete ist, daran ist nicht zu denken. Es kommt darauf an, jetzt nicht mehr den Begebenheiten blind zu folgen, sondern sie so zu leiten, daß die Krisis in einem Augenblick eintritt, wo Preußen besser steht, als jetzt.

Dazu ist aber Eines vor allen Dingen Noth: Entfernung des November=

ministeriums. Es hat seine völlige Rathlosigkeit, seine Unfähigkeit, auch nur den nächsten Tag zu berechnen, auf eine Weise an den Tag gelegt, daß auch der König sich nicht länger darüber täuschen kann. Dem König und dem Volk dieses klar, unumstößlich und rücksichtslos vor Augen zu legen, ist jetzt Sache der Presse, vor Allem aber Sache der Kammern, auf welche jetzt die Augen von ganz Europa gerichtet sind. Denn die preussische Frage ist jetzt eine europäische geworden.

Die conservative Partei darf sich auch nicht mehr durch die Scheu, mit den Demokraten gemeinsame Sache zu machen, abhalten lassen. In dem Zersekungsproceß, der jetzt vor sich geht, fallen die alten Parteibildungen zusammen. Es ist weder von der Verfassung vom 28. März, noch von der des 26. Mai mehr die Rede; die Parteien der Demokraten und der Gothaer sind nur noch historisch, es muß eine Fusion eintreten, an welcher die gemäßigten Demokraten und die entschiedenen Constitutionellen Theil nehmen. Daß sie früher die entgegengesetzten Ansichten in Beziehung auf das, was dem Vaterlande zuträglich sei, vertraten, kann sie heute, unter gänzlich veränderten Umständen und Voraussetzungen, nicht mehr trennen.

Ich verkenne keinen Augenblick, daß auch die Kammern eine sehr bedenkliche Stellung haben, ich weiß, daß sie durch eine rücksichtslose Opposition nichts weniger auf das Spiel setzen, als die Fortdauer der Verfassung. Denn wenn die gegenwärtigen Machthaber auch keineswegs die Machiavells sind, zu denen man sie gern machen möchte, die mit unerbittlicher Consequenz irgend einem verruchten Plane nachstreben, so werden sie doch in der Angst tollkühn, um nur einem augenblicklichen unerträglichen Uebel zu entgehen, und vergessen alle Bande der Sittlichkeit und des Rechts. — Aber wenn die Kammern schweigen, wenn sie es veräumen, den König und das Land über ihre Lage aufzuklären, so setzen sie etwas Höheres auf's Spiel: die Fortdauer des preussischen Staats.

Nachschrift. Die so eben eingetroffene Nachricht, daß der Ministerrath sich in der letzten Stunde dennoch besonnen hat und die Armee mobil macht, geleitet durch die factische Ueberzeugung, was kein Anderer bezweifelt hat, daß diese eine Demüthigung seinen Feinden noch nicht genügen würde, ist nur ein neuer Beleg für das taumelnde Hin- und Herspringen, das wir ihm zugeschrieben haben. Wie dem aber sei, wenn Preußen nur einmal Ernst macht, wir stehen — quand même — zu dem Staate, an dem allein noch die Wünsche und Hoffnungen deutscher Herzen hängen.